

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

[urn:nbn:de:gbv:45:1-64785](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-64785)

Der Beobachter.

Ein Volksblatt.

Erscheint wöchentlich drei Mal — Dienstags, Donnerstags und Sonnabends — in 1/2 Bogen groß Quart-Format. Der Vorausbezahlungsspreis beträgt für das Quartal 48 Creten. — Auswärtige Bestellungen übernehmen alle Postvermittlungen; hiesige die Redaction und die Buchdruckerei von G. Kleser, Saarenstraße 44. Anzeigen werden die Zeile drei Creten Raum mit 1 Creten bezahlt.

IX. Jahrgang.

Sonnabend, den 3. April 1852.

№ 38.

Deutschland.

Oldenburg. 2. April. Die Weser-Zeitung vom 31. März theilt einen Aufruf an das deutsche Volk mit, den sie von einem „hochgeschätzten Freunde“ zur Veröffentlichung erhalten hat. Die Deutsche Nation wird aufgefordert, Fleckenvereine zu bilden und sich selbst eine deutsche Flottenflucht aufzulegen, damit die von den deutschen Regierungen nunmehr gänzlich ausgegebene deutsche Flotte erhalten werde und wir nicht die Schmach erleben, sie unter den Hammer des Auktionators fallen zu sehen. Die W. Z. spricht dem Aufruf einige herzbrechende Seufzer über die traurigen Zustände der Gegenwart voraus. Für die jammervollen Zustände, die ihr so nahe liegen, für die gegenwärtigen Bremer Zustände hat sie keine Seufzer.

Bremen. 30. März. Durch heute erschiene Bekanntmachung des Senats wird das Umhertragen von Schriften und Abbildungen, so wie die Veröffentlichung durch Waueranschläge bei 50 Thlr. Strafe verboten. Eine zweite Bekanntmachung verordnet, daß die Wahl des Obristen für die Bürgerwehr unter gegenwärtigen Umständen nicht stattfinden könne, so ist der Obristlieutenant Neuter mit Fortführung des Obercommandos der Bürgerwehr in bisheriger Weise einzuweilen beauftragt.

Hannover. 30. März. Als einen neuen Ministercandidaten nennt man jetzt auch den Herrn v. Königge; so gut wie sein Namensvetter weiland mit Menschen, so gut soll er mit Ständen umgehen wissen.

Berlin. 30. März. Bis heute ist noch nichts bekannt geworden von irgend einem Arrangement, durch welches das ungetheilte Fortbestehen der „Deutschen Flotte“ gesichert wäre, falls nun bis morgen nicht ein solches Arrangement zu Stande kommt, fährt Preußen an diesem Tage die ihm verpfändeten Schiffe „Eckernförde“ und „Barbarossa“ in einen seiner ostseeischen Häfen, und der Rest der Flotte wird in öffentlicher Auction versteigert. So schreibt die Kreuz-Z. wörtlich. So weit wären wir denn! Wenn unsere Leser diese Zeilen in Händen haben, werden sie sagen können: es hat eine deutsche Flotte gegeben! Klagen dürfen aber die Leser nicht, wenn sie das böse Wort aussprechen; ihr Kluch trafe ja gefaltete Häupter.

Stettin. 30. März. Dem Vernehmen nach sind vom Marine-Commando 6 Offiziere und 180 Mann als Besatzung für die nach einem preussischen Oafen (Swinemünde?) überzuführenden Schiffe „Barbarossa“ und „Gefion“ bestimmt; und erwarten dieselben künftlich den Befehl nach Bremerhaven abzugeben.

Burg bei Magdeburg, 29. März. In der freien Gemeinde hat bei den Vorstehern Hausfuchung stattgefunden und ist dieselbe durch Befugung des Magistrats polizeilich geschlossen worden.

Gera, 28. März. Unser Landtag hat das bei ihm eingegangene Gesuch mehrerer hiesiger Patrizier um Wiedereinführung der Stellvertretung beim Militär abgelehnt.

Kassel, 30. März. Die Kass. Ztg. theilt sich die freudige Nachricht mitzutheilen, daß am 27. beim Bundestage die kurhessische Verfassungsangelegenheit zur Verhandlung gekommen ist, indem die Anträge des in dieser Sache niedergesetzten Ausschusses angenommen wurden. Das sind bekanntlich jene Anträge, nach denen es dem hohen Bundestage ganz einerlei sein kann, ob er Hochverrath in Hessen protegiert und Verfassungstreue verfolgt hat oder umgekehrt. Und diese Anträge hat also der Bundestag angenommen!

Hat denn der liebe Gott Kurhessen vergessen? Und auch das übrige Deutschland so ganz vergessen?

München, 28. März. Graf Tascher de la Pagerie, ein Verwandter der Napoleontiden, erhielt dieser Tage die Ernennung als „Senator“ der französischen „Republik“, und wird demnächst in dieses Colorado republikanischer Freiheit abgehen. Bekanntlich hält sich diese Familie seit vielen Jahren in Baiern auf und ist auch in der bairischen Adelsmatrikel eingetragen.

Wien, Oesterreich. 28. März. Die russischen Großfürsten Michael und Nikolaus sind gestern nach München abgereist.

Frankreich. Paris, 28. März. Die heutigen Decrete haben in Paris einen überwiegend guten Eindruck gemacht. Man sieht namentlich den Ghabenaet der Aufhebung des Belagerungszustandes als weiteren Vorläufer des Kaiserthums an. Die Kaiserlichen geniren sich schon gar nicht mehr, ihr „vive l'Empereur“ in den Straßen zu schreien. Für so ausgemacht gilt die baldige Proclamation des neuen Kaisers, daß man sogar schon für morgen bei der Eröffnungsfeierlichkeit der großen Staatskörper eine stürmische Scene erwartet, die mitten im Enthusiasmus seiner Getreuen dem Prinzpräsidenten — ganz gegen seinen Willen — die Kaiserkrone aufnähigt.

Außer dem Kaiserthum ist es die bevorstehende ministerielle Veränderung, von der man viel spricht. Es scheint gewiß, daß dieselbe bereits in den nächsten Tagen, vielleicht schon gleichzeitig mit dem Zusammentritt der Kammern, bevorzuzustellen werden solle. Zunächst weiß man

nur, daß Persigny das Ministerium des Innern verlassen wird.

Paris, 29. März. Die Ceremonie der Einsetzung und Weidigung der großen Staatskörper ist vorüber; es ist noch ohne den Kaiser abgegangen. Heute Mittag um 1 Uhr begab sich der Präsident der Republik nach den Tuileries; er fuhr ganz allein mit Casars Glück in einem Wagen. Zwei Escadrons begleiteten ihn. An Ort und Stelle angekommen, nimmt das Gefolge Platz; Dunkel Jerome und Kesse Louis bleiben stehen; der Kesse zieht ein Papier aus der Tasche und liest seine Rede ab. Es ist eine sehr merkwürdige und geschickte Rede. Louis Napoleon sagt darin von sich, was er schon öfter gesagt hat, daß er der Retter Frankreichs gewesen; daß es sein Grundfah sei, Alles für Frankreich, Nichts für sich selbst zu thun, denn sonst hätte er eine größere Macht nehmen können, als er gethan. Er würde es auch für die Folge nicht, wofern nicht die Parteien das Vaterland verwirren, oder der Volkswille sich unwillkürlich ausdrücken. „Seit langer Zeit“, heißt es u. a. wörtlich in der Rede, „glich die Gesellschaft einer Pyramide, die man umzukippen und auf ihre Spitze zu stellen sich mühte; ich habe sie wieder auf ihren Fuß gestellt.“ Nach Verlesung der Rede, die an manchen Stellen von Weisfallsbezeugungen unterbrochen worden, setzt sich L. Napoleon. Der Staatsminister Casabianca erhebt sich: „Ich werde die Sidesformel vorlesen; beim Namensaufruf werden Sie antworten: „ich schwöre es.“ Der Senat macht den Anfang. Während dieser Sidesformel vorlesen; beim Namensaufruf werden Sie antworten: „ich schwöre es.“ Die Reihe kommt an die Mitglieder des gesetzgebenden Körpers. Der Namensaufruf beginnt bei Villant (Präs.) und dem sonstigen Bureau. Cavaignac, Carnot keine Antwort; Sensation; man geht weiter. Dasselbe wiederholt sich bei den Namen Girard, Hénon, Legend. Nach geschlossener Sidesleistung erklärt Casabianca die Kammern für eröffnet, ladet auf morgen zur ersten Sitzung ein. Einige Rufe: Es lebe Napoleon! Der Präsident macht sein Compliment und fährt darauf in seinem bedeckten Wagen, Carabiniere zu beiden Seiten, nach Hause. Die ganze Ceremonie hat nicht dreiviertel Stunden gedauert.

Die Rede des Prinzen Präsidenten ist heute an den Straßenecken angeschlagen. In der Nationaldruckerei ist sie in 300,000 Exemplaren abgezogen; damit sie durch alle 37,434 Gemeinden Frankreichs verbreitet werden kann.

Die Rede des Prinzen Präsidenten ist heute an den Straßenecken angeschlagen. In der Nationaldruckerei ist sie in 300,000 Exemplaren abgezogen; damit sie durch alle 37,434 Gemeinden Frankreichs verbreitet werden kann.

Die Rede des Prinzen Präsidenten ist heute an den Straßenecken angeschlagen. In der Nationaldruckerei ist sie in 300,000 Exemplaren abgezogen; damit sie durch alle 37,434 Gemeinden Frankreichs verbreitet werden kann.



Emil v. Strardin erscheint heute zum ersten Male in der „Presse“ mit einem von ihm unterzeichneten Artikel. „Erhalten wir die Republik“ — eine der Rede Louis Napoleons entlehnte Phrase — ist die Ueberschrift. „Erhalten wir die Republik und wäre es auch nur ihren Namen; sie wird uns die Freiheit wiedergeben“ schließt der Artikel.

30. März. Es ist die Botschaft erschienen, in der nach Art. 11 der Verfassung der Präsident alle Jahre dem Senat und dem gesetzgebenden Körper den Stand der Affairen der Republik vorzulegen hat. Am Schlusse derselben heißt es: Bewahren wir die Republik, sie bedroht Niemanden, beruhigt Alle. — Der gesetzgebende Körper hat sich constituiert und seine Bureauwahlen getroffen. Cavagnac, Carnot, Genon haben durch einen Collec-

tio-Brief die Ableistung des vorgeschriebenen Eides verweigert, welcher Schritt Seitens der Regierung, als Demission angesehen werden ist.

Großbritannien.

London. Wegen des nun schon seit sechs Tagen in Southampton vergebens erwarteten Dampfers „Hermann“, der am 7. nach vorgenommener Reparatur von Newport abgefahren ist, fängt man an besorgt zu werden. Das vorgestern angekommene Postschiff hat vom „Hermann“ auf der Ueberrfahrt nichts gesehen. Eine neuere Nachricht hebt diese Besorgniß auf.

Spanien.

Madrid. Die „España“ macht folgende geistreiche Zusammenstellung in Beziehung auf den Mordanfall der Königin: „Es war im 2. Jahr, in der 2. Hälfte des Jahrhunderts, am 2. Tage des 2. Monats, um 2 Uhr in

der 2. Tageshälfte, als Königin Isabella die 2. in einem Alter von 22 Jahren, nachdem sie ihre 2. Tochter in der Kirche dargebracht, von einem Mörder getroffen ward, der in der Calle del Arco de Triunfo Nr. 2 im 2. Stock wohnte.“ — Die „España“ hätte die wunderbare Zwei ihre Rolle in derselben Weise noch weiter fortspielen lassen können, z. B. daß der Mörder von 2 Personen abstamme, wovon jede 2 Ohren, 2 Augen, 2 Arme und 2 Beine gehabt u. c.

Amerika.

Kossuth ist in St. Louis angekommen, wo er von einigen Compagnien „German Militia“ feierlich in Empfang genommen ward. Der Senat hat 5000 Dollars bewilligt, um den Aufenthalt Kossuth's in Washington zu bezahlen.

Der Septembervertrag und was hat Oldenburg zu thun?

In diesen Tagen ist in Leipzig bei Brockhaus eine Brochüre: „Der Septembervertrag und die gegenwärtige Situation in Hannover“ erschienen, welche von der ernstesten Beherzigung namentlich unserer Banntagsmitglieder nicht dringend genug empfohlen werden können. Unzweifelhaft ist der anonyme Verfasser ein Mann, der mehr wie viele andere Gelegenheit gehabt hat, sich mit Personal und Verhältnissen bekannt zu machen, und dem es nicht bloß gestattet gewesen, die Dinge so zu sehen, wie sie sich auf der Schaubühne der Deffentlichkeit präsentiren, sondern auch manchen Blick hinter die Coulissen zu richten. Seine Schilderung unter Anderem der Majorität der hannoverschen Stände in der Frage des Septembervertrages, ebenso wie die Würdigung der Stellung des Ministeriums zu derselben geben davon redende Zeugnisse. Nicht minder ist er ein ebenso gründlicher Kenner als geistreicher Beurtheiler der Volkswirtschaft seines Landes, und das kurze kritische Resümee, in welchem er Bedenken gegen den Septembervertrag zusammenfaßt, gehört zu dem Schlagendsten und Besten, was wir bisher darüber gelesen haben. Wir befehlen es uns vor, hierauf nächstens noch ausdrücklich zurückzukommen und heben für heute nur die überraschende und soviel wir wissen, bisher noch nicht in die Deffentlichkeit gelangte Angabe hervor, daß zum Vertrage vom 7. September in Betreff des Präcipiums noch ein geheimer Artikel existirt, wonach dasselbe von 3/4 Kopfquote des Zolleinkommens auf 6 Sgr. Pr. Cour. um 4 Millionen Köpfe verringert wird! Bei der völligen Ungelegenheit, in welcher zur Zeit die Verhältnisse des Zollvereins sich noch befinden, und welche nicht die mindeste Bürgschaft für Erhaltung desselben in seiner gegenwärtigen Ausdehnung giebt, liegt darin doch wohl eine sehr bedeutsame Warnung vor jeglicher Uebereilung. Mit einem Präcipium von 6 Sgr. per Kopf würden Hannover und Oldenburg im Zollverein kaum auch nur für die ersten Jahre ganz abgesehen von den folgenden, das Zolleinkommen wieder erhalten, welches ihnen gegenwärtig der Steuerverein mit seinen niedrigen Zöllen bietet!

Was der Verfasser erweisen will, ist, daß die Beschlüsse der hannoverschen Stände und die in ihnen enthaltene bedingte Annahme desselben nicht ein letztes Wort über denselben sind, daß die Frage dieses Vertrages dadurch noch keine endgültige Erledigung erfahren hat und daß vielmehr der Momente in diesen ständischen Beschlüssen, als im Vertrage selbst, namentlich aber in der Stellung Oldenburgs noch genug vorhanden sind, welche der Wiederaufnahme des Vertrags der Abwehr Anhaltspunkte leihen. Wir haben es hier natürlich mit dem letzteren Punkte zu thun und jedenfalls hat der Verfasser vollkommenes Recht, wenn er ausführt: „Es beruht auf einer leeren Lüge, wenn man Oldenburg dadurch in den Vertrag vom 7. September hineinzuführen sucht, daß man ihm vorstellt, es werde nicht im Stande sein, die übermäßigen Grenzollbewachungskosten, die seine Isolirung ihm verursachen müßte, zu tragen. Oldenburg darf dem vielmehr ein altes allbekanntes Sprichwort entgegenhalten, wonach die Rührherger keinen Hängen, den sie nicht haben, und braucht die Folgen einer Isolirung nicht zu fürchten, die selber nicht zu beforgen hat. Nicht der Septembervertrag ist es,

der Oldenburg irgendwie zwingen kann, sondern das Verhältniß ist gerade das umgekehrte und nur dieses die Macht, die jenen in der Hand hat.“

Der Beweis dafür ist ein sehr einfacher: Eine conditio sine qua non der Durchführung des Septembervertrages ist die Einföhrung der wichtigsten zollvereinsländischen Zölle im Steuerverein lange vor dem völligen Insebetreten desselben. Das Einhalten dieser Bedingung hannoverscher Seite ist aber nur unter der Voraussetzung des Beitritts Oldenburgs möglich, da im andern Falle Hannover, Dank der Steuervereinsverträge, bis 1854 an den jetzigen gemeinsamen Tarif dieser gebunden ist. Schon mehr als einmal hat diese mahnenden Worte nicht tauben Ohren geredigt sein, hat in diesen jüngsten Jahren ein eigenthümlich consequenter Zufall eine große Entscheidung in die Hände unserer Kleinstaaten gelegt: Eine ähnliche Lage ist gegenwärtig die Oldenburgs. Es hängt von ihm ab, ob der Vertrag vom 7. September eine Möglichkeit werden soll, ein Vertrag, welcher an die Stelle des bisherigen notorischen Volkswohlstandes, des Nordens ein System setzt, welche ihn zu der wahrlich nicht beneidenswerthen Stelle einer Colonie der zollvereinsländischen Manufakturen verurtheilt. Da noch mehr, es liegt damit die Bestimmung der commerciellen Geschichte des gesammten Vaterlandes in der Macht Oldenburgs. Denn man wird sich nicht verhehlen können, daß die consequente Behauptung einer liberalen Handelspolitik Seitens des den Zugang zum Weltmeer und die große Straße des transatlantisch-deutschen Verkehrs in sich schließenden Nordens die Zollvereinslande zu derselben Commerzialen liberalen Handelspolitik Seitens des den Zugang zum Weltmeer und die große Straße des transatlantisch-deutschen Verkehrs in sich schließenden Nordens die Zollvereinslande zu derselben Commerzialen Stellung behaupten, der sichere Weg ist zu derselben commerciellen Gemeintheiligung des Vaterlandes, welche allen Interessen gleich gerecht, nicht mehr die Mediatisirung der einen durch die andere ist. Es ist unsere wohlüberlegte aus gewissenhaftester Selbstprüfung hervorgegangene Ueberzeugung, selbst wenn Oldenburg nicht in der glücklichen Lage wäre, in der es sich befindet, das Zustandekommen des Septembervertrages durch seine Verweigerung des Beitritts verhindern zu können, selbst wenn es statt dessen es hinnehmen müßte, zwischen sich und Hannover eine Donaukette gezogen zu sehen, selbst dann würde Oldenburg sein partikuläres Interesse nicht verstehen, wollte es sich durch die Furcht vor solcher Isolirung zum Beitritt bestimmen lassen. Um so viel trauriger und unentschuldbarer wäre es, wenn es sich unter den umgekehrten Verhältnissen hinreißt ließe, nicht bloß sich selbst und mit ihm Hannover, sondern zugleich auch die Zukunft des ganzen großen Vaterlandes etwas für die wenigen Silberlinge des Präcipiums preiszugeben. Ein deutscher Kleinstaat, Weimar, ist es gewesen, der es verstanden hat, als Hüter und Pfleger der großen Literaturepöche am Wendepunkte des letzten und des jetzigen Jahrhunderts die geistigen Geschicke der Nation in seine Hand zu nehmen. Wäre es etwa für Oldenburg weniger des Strebens werth, einstens als Retter des materiellen Geschicks des Vaterlandes gefeiert zu werden?

Neuer und alter Stoff zu den Gründen gegen den Anschluß an den 7. g. September-Vertrag.

Nicht dringend genug fanden die Ermahnungen gegen den Beitritt zum 7. g. September-Vertrage von allen Seiten erklingen.

Untersuchungen über das Genügende oder Ungenügende der von Preußen...

Ob die von Preußen und seinen Handelsbundgenossen bisher verfolgte Handelspolitik für Deutschland heilsam gewesen, ob das...

Wie sehrlich und segensreicher Preußens Fabrikanten und Handeleute schon auf unsern Zutritt spekulieren, ergibt folgende Stelle...

Indem die Kammer wiederholt ihren Dank für Civ. Excellenz thätkräftige Bemühungen ausspricht bei den mit dem Ausland geschlossenen Verträgen...

Als die Schutzzölle erhöht werden sollten, sprachen wir den Wunsch aus, daß zuvor die Küstländer möchten gewonnen werden...

Zur Widerlegung machen wir auf den ersten Artikel in demselben neuesten Bremer Handelsblatt, aus welchem beherzigenswerthe Warnung...

Die Ausführung des zwischen der hannov. und preuß. Regierung am 7. Sept. v. J. abgeschlossenen Vertrags über die Vereinigung des Steuervereins...

Wir fügen noch hinzu, daß alle patriotischen Phrasen und Phantastien preussischer Handelskammern von Deutschlands Einheit...

ders braucht nicht eher beizutreten, als bis die Gausstädte und Mecklenburg gleichzeitig es für nöthig halten und auch dann noch...

Herr Redacteur oder rectius Redaktör!

Neuenburg, am 30. März 1852.

In der am 28. d. M. wegen Zollanschlusses Oldenburgs an den Zollverein stattgefundenen Versammlung der Eingelassenen der Kirchspiele Zetel und Bochohm...

Die Correspondenz zwischen Herrn Schwabe und Nr. 36 aus Schweiburg datirt, wird mit dem letzten Artikel in welchem Mütterchweine ihre Ferkeln fressen...

An Nr. 5 in Nr 36 des Beobachters.

Inbörderst herzlichsten Dank für Ihre lehrreichen, eben so zarten als tiefen Bemerkungen über Schweinezucht. Was der Mensch mit Liebe und Wärme in sein Herz einschließt...

Nach Ihrer lehrreichen Abhandlung über Schweine kommen Sie ohne Weiteres und unmittelbar durch einen verzeihlichen Sprung auf die Schweiburger Pfarrerrwahl...

Bis dahin mögen Sie nun schreiben oder drucken lassen, so viel und was Ihnen beliebt; ich wiederhole Ihnen, daß mein Vieh mir über alle Ihre gewiß unschätzbaren Federprodukte geht...

Sie künftig etwa schreiben, nicht allzusehr an diesen Gegenstand Ihrer Gelehrsamkeit erinnere.

Der Israelit Schwabe in Schwaburg.
Im Beobachter sind hiermit die Acten in dieser Sache geschlossen.
Der Beobachter.

Kurze Antwort

auf den in voriger Nummer des Beobachters befindlichen Artikel: „Würdigung“

So lange die Belege für die mir vorgeworfene Lüge nicht gebracht werden, kann sich das Publikum sicher kein erfreuliches Bild von der verehrlichen Gesellschaft „Union“ machen; ich erwäge daher die Herren Mithras leblich in ihrem eigenen Interesse mit nachzuweisen, in welchem Punkte ich gelogen haben soll. Auf die ehrenwürdige Floskel am Schlusse der f. g. Würdigung erwidere ich nichts; denn bei manchen Leuten mögen die Begriffe von Ehre wohl sehr dunkel sein und bleiben.

Der Verfasser des Artikels: „Ein interessanter Streit.“

Theater.

Donnerstag, den 28. März: „Erziehungsergebnisse.“ Wie wir hören, hat Fräulein Kamler die Rolle der Margarethe Western wieder in ihrer bekannten Manier gegeben und darin gefallen, sowie auch Herr Baumeister als Louis von Sonnenstein sich wieder durch die komische Locke ausgezeichnet hat. Für uns haben diese Erziehungsergebnisse die Anziehungskraft verloren, und wir fanden uns erst im Theater ein, nachdem sie abgepielt waren; denn es wurde darauf zum erstenmale gegeben: „Guten Morgen Herr Fischer.“ Vaudeville-Burleske in 1 Act, nach Lockroy, von Friedrich Die Musik arrangirt von Stiegmann. Guten Morgen Herr Fischer! das ist ein gar pikanter Titel, dessen Lockung man unmöglich widerstehen kann. Freilich haben wir bei der Aufführung gesehen, daß der Titel wenig mit der Sache zu thun hat — das Stück konnte mit mehr Recht heißen: Gute Nacht Herr Fischer! doch Titel sind ja überhaupt nur dazu da, den Leuten Sand in die Augen zu streuen. Die Handlung hat der Uebersetzer oder Bearbeiter nach Berlin verlegt und das Ganze so zu sagen berlinisirt; es ist aber nur in seiner Albernheit und in seinen schlechten ordinären Witzn berlinisch. Es ist übrigens recht schade, daß es nicht lauter solche Stücke giebt, denn dergleichen scheint für unser Kunststüdt, das nicht mehr eine Bildungsanstalt, sondern passender eine Belustigungs-, auch Geduldübungs- und Geschmack-Verderbungs-Anstalt genannt werden kann, ganz besonders geeignet zu sein. Im Ganzen können wir von der Aufführung nur sagen, daß die Leute sich alle mögliche Mühe gaben, Lachen zu erregen, und daß ihre Mühe auch nicht fruchtlos blieb. Herr Jenkel. (Doctor Dippe) war besonders in Maske äußerst komisch und wurde bei

seinem Erscheinen mit Applaus empfangen. Von den Damen war Frau Dietrich (Güste, Dienstmädchen bei Dippe) die Königin, sowohl im Spiel wie im Gesang, was freilich nicht viel sagen will, denn die übrigen Damen waren Frau Jenke I. (Aurora) und Fräulein Jenke II. (Clara) und unter den Blinden ist nach dem Sprichwort der einäugige König. Herr Dietrich hätte aus der Rolle des Herrn Fischer etwas mehr machen müssen, das heißt wenn er konnte. Herr de Marchion (Amandus) verfehlte die Komik, die in seiner Rolle liegt; er glaube vielleicht, daß die Komik in einer marionettenartigen Bewegung besteht. — Wenn nichts recht ist, so wurden am Schlusse Alle gerufen.

Kirchliches.

Vom 20. März bis 2. April sind in der Oldenb. Gemeinde:

I. Copulirt: 19) Gerhard von Vienen und Anna Cornelius, Moorhausen. 20) Schiffer Dietrich Klotzger und Anna Catharine Digen, geb. Gerdes, Stau. 21) Vater Friedrich Hinrichs und Margarethe Louise Höfer, Gverfen.

II. Getauft: 97) Anna Maria Johanna Wilhelmine Miermöhlen, a. d. Heil. Geistthor. 98) Ernst Theodor Kretsch Kellner, a. d. Heil. Geistthor. 99) Johann Hilbert zum Bürgerfelde. 100) Elise Hermine Charlotte Georgine Pöppel, a. d. Heil. Geistthor. 101) Helene Catharine Elisabeth Meyer zum Bürgerfelde. 102) Johanne Gerhartine Elise Högenann, a. d. Haarenthor. 103) Gesche Helene Catharine Ahlers, Bornhorst. 104) Johann Bernhard Dietrich Schütte, Oldenburg. 105) Gesche Helene Wilhelmine Anna Meyer, Dhmstedt. 106) Diederich Helene Catharine Maria Wiers, a. d. Heil. Geistthor. 107) Caroline Helene Diederichs Hamme, Oldenburg. 108) Ein unehelicher Knabe. 109) Johann Gottfried Lübben, a. d. Haarenthor. 110) Friederike Wilhelmine Johanne Catharine Waas, Oldenburg. 111) Charlotte Gerhartine Dierichte Hinrichs, Gverfen. 112) Hermann Adolph Johann Elmar Meyer, a. d. Heil. Geistthor. 113) Marie Hermine Johanne Mönich, Stau. 114) Hermann Rudolph Arens, Gverfen. 115) Christian Ludwig Wagner, Oldenburg. 116) Johann Friedrich Gerhard Suhr, Moorhausen. 117) Johann Gerhard Hilgen, Gverfen. 118) Johann Conrad Willens, Bürgerfeld. 119) Carl Friedrich Andreas Busch, a. d. Heil. Geistthor.

III. Beerdigt: 66) Dtmann Hees, 71 J., Bornhorst. 67) Margarethe Clemens, geb. Deltjen, Gverfen, 60 1/2 J. 68) Dtmann Hinrichs, 72 J., Oldenburg. 69) Carl Heinrich Christian Felbmer, 7 J., Oldenburg. 70) Oerd Bofch (auch Busch), 70 J., Dhmstedt. 71) Gerhard Doting, Bornhorst, 35 J. 8 M. 72) Oadwirth Anton Friedrich Conrad Drest, Oldenburg, 56 J. 2 M. 73) Martin Wilhelm Darns, Bornhorst, 46 J. 1 M. 74) Johanne Brookel, geb. Wienten, Bürgerfeld, 63 J. 3 M. 75) Helene Catharine Feinermann, Nadorst, 6 M. 76) Johanne Marie Helene Schulze, a. d. Heil. Geistthor, 49 J. 7 M. 77) Ein todtgeborener Knabe, a. d. Heil. Geistthor.

Gottesdienst.

Donnerstag, Frühstunde (8 1/2 Uhr) Herr Hülfsp. Gramberg.
Sonntag, Frühstunde (10 Uhr) Past. Gröning (Gemeinschaftshandlung.)
Hilfsstunde (3 Uhr) Past. Gröring.
Mittwoch, Beichte (11 Uhr) Hülfsp. Gramberg.
(2 Uhr) Hülfsp. Gramberg.
Die Pfarramtsgeschäfte übernimmt vom 4. bis 10. April Herr Hülfsp. Gramberg. — Die Kirchenbücher führt Herr Pastor Gröning.

Anzeigen.

Weser- und Hunte-Dampfschiffahrts-Gesellschaft.


Die Schiffe der Gesellschaft fahren bis weiter, nämlich:
Von Oldenburg nach Bremen und Bremerhaven 5 1/2 Uhr Morgens.
Von Bremen nach Oldenburg 1 Uhr Nachmittags.
Von Bremerhaven nach Oldenburg 12 1/2 Uhr Mittags.
Von Bremen nach Bremerhaven 6 Uhr Morgens und 1 Uhr Nachmittags.
Von Bremerhaven nach Bremen 5 1/2 Uhr Morgens und 12 1/2 Uhr Mittags.
G. Koeniger.

Oldenburg. Und dennoch, trotz der einstimmig beliebten Ablehnung der Genehmigung einer Anklage wider den Staatsrath Krell als Vorstand der Minist. Abtheilung der Finanzen haben wir uns in unserem juristischen Gewissen nicht überzeugt halten können, daß die Regulirung der Abgaben-Vertheilung auf die bisher adlig frei gewesenen Grundbesitzer der edlen Herrschaft Varel im Verordnungswege rechtmäßig und gesetzlich habe geschehen dürfen — dennoch hätten wir als Rechtsgelehrter, wie als Geschworener für die Anklage gestimmt. Man vergl. auch die Anzeigen in Nr. 47 der „Oldenb. Zeitung“ vom 21. v. M. und in Nr. 33 des „Beobachters“ vom 23. v. M. und Nr. 36 vom 28. v. M. — Aber das ist der Welt Lauf! Herr Krell und Genossen erhalten das Großkreuz u. des königlich hannoverschen Guelphen Ordens für den Abschluß des vom Landtage noch nicht einmal genehmigten, vortreflich (?) unsre Landesinteressen berücksichtigenden Staatsvertrags vom 1. März! — Ist das Vortrefflich der Abstimmung über diesen Vertrag Seitens des

Landtags? — Dann adieu patrie! Finis Germania! — W. F. Köhler.

Wechsel- und Effecten-Course.

Bremen, 1. April.

1. April	30. März
138	136 1/2
130	129 1/2
624	620
110 1/2	110 1/2

Anzeigen für den Beobachter
sind frankirt an die Redaction einzusenden, können aber auch in der Buchdruckerei von Heinrich Klesser, Paarenstraße 44, abgegeben werden. Die Zeile oder deren Raum wird mit 1 Groten bezahlt.

Druck von Heinrich Klesser in Oldenburg

Der Beobachter.

Ein Volksblatt.

Erscheint wöchentlich drei Mal, Dienstags, Donnerstags und Sonnabends, in 1/2 Bogen groß Quart-Format. Der Vorausbezahlungspreis beträgt für das Quartal 48 Creutz. Anwärterliche Begehren übernehmen alle Postexpeditionen; Blätter die Redaction und die Buchdruckerei von H. Klesler, Gaarenstraße 44. Anzeigen werden die Zeile, oder deren Raum, mit 1/2 Creuten, bezahlt.

IX. Jahrgang.

Dienstag, den 6. April 1852.

N^o 39.

Deutschland.

Oldenburg. Landtagsbericht. (25. Sitzung, April 1.) Zuerst Anzeige einiger Ereignisse. Tagesordnung: Erster Gegenstand: Bericht des Ausschusses für Begutachtung des Entwurfs eines provisorischen Gesetzes, betreffend die Enteignung in Reichsachen. (Berichterstatter Räder.)

Der Bericht tritt wesentlich dem Gesagten wörtlich bei. Den vorgeschlagenen geringen Redactionsänderungen und unwesentlichen Zusätzen schließt sich die Versammlung ohne Debatte an. Nur ein Zusatzantrag des Abg. v. Berg zum §. 6 a:

„Dass die vorstehenden Grundsätze auch in den Fällen Anwendung finden, in welchen nach dem 1. Mai 1849 die Communionscheidung eingeführt ist, und nach Einführung derselben eine Enteignung stattgefunden hat, wenn der Anspruch innerhalb 6 Monaten nach Erlassung dieses Gesetzes geltend gemacht wird; und dass Entscheidung selbst dann gewährt werde, wenn dieselbe nach Maßgabe des bisherigen Rechtes auch verfaßt wäre.“

wird vom Antragsteller kurz begründet, und nachdem sich der Berichterstatter Namens des Ausschusses damit einverstanden erklärt, angenommen.

Den zweiten Gegenstand der Tagesordnung bildet der Bericht, betreffend den Antrag des Kirchspielsauschusses zu Varel auf Anklage des Finanzministers Krell wegen Verletzung der Verfassung und Revision des Staatsgrundgesetzes.

Der Art. 61 des Staatsgrundgesetzes, welcher die Steuerfreiheit aufhebt, verfügt zugleich:

„In den an den Staat zu zahlenden Steuern werden vom 1. April 1849 an die bisherigen Freiheiten nach dem Fuße der abditionalen Contribution den Pflichten gleich gesetzt. Im Fürstenthum Lüneburg und im Amte Varel soll nach dort passendem Fuße die Steuergleichheit eintreten.“

Zur Ausführung dieser Bestimmung wurde am 11. November 1850 für Varel im Verwaltungswege eine vom Finanzminister Krell contrasignirte Verordnung erlassen und es handelte sich wesentlich um die Frage: Ob der Ausführung der Staatsgrundgesetzlichen Bestimmung die Feststellung des vorbestehenden Steuerfußes nicht erst im Wege der Gesetzgebung hätte vorgehen müssen. Der Varel'sche Kirchspielsauschuß bejaht die Frage, gründet darauf die Anklage gegen den Finanzminister und beantragt zugleich: „Regelung der Verhältnisse des Amtes Varel durch ein Gesetz und

bis zu dessen Erlassung Suspendirung der Ausführung der Art. 58 und 61 des Staatsgrundgesetzes. Der Ausschussbericht (Berichterstatter v. Wedderkop) führte dagegen aus, daß die Staatsgrundgesetzliche Bestimmung gegeben sei, und daß die folgende oben ausgeworfene Verfügung nur für die Ausführung die Norm gebe, welche eines Gesetzes nicht mehr bedürfe; daß dieses um so mehr anzunehmen sei, da schon im konstituierenden Landtage von der Staatsregierung die Norm vorgelegt sei, welche der beregten Verordnung lediglich zum Grunde liege, und daß dieselbe von jenem Landtage wenigstens stillschweigend adoptirt sei; daß ferner der jetzt anhängende Kirchspielsauschuß in Varel selbst früher nur gegen eine Steuererhöhung protestirt, allein gegen eine von der Cammer vorgeschlagene Aversionssumme und gegen die Verordnung des Steuerwesens im Verwaltungswege keine Einwendung erhoben; und daß endlich bei den etwa obwaltenden Zweifeln eine abschließliche oder nur faktische Verfassungsverletzung, wie sie nach dem Staatsgrundgesetz zur Begründung der Anklage erforderlich sei, nicht angenommen werden könne.

Gegen den Ausschussantrag:

- 1) Uebertragung zur Tagesordnung über den Antrag der Anklage;
- 2) Ueberweisung des fernern Antrags an den Revisionsauschuß

erhob sich Niemand, doch ergriffen die Abgeordneten Wibel I., Räder und von Finckh das Wort. Ersterer hob in kurzen Zügen die Unzulässigkeit deutscher Ministeranklagen hervor, weshalb er nur im Nothfalle dafür stimmen könne, der hier nicht vorhanden, daß aber das Steuerwesen in Varel unerträglich sei, weil es auf Ungerechtigkeit beruhe und dringend einer gerechten Verordnung bedürfe; daß die Staatsregierung dieß selbst lange anerkannt, daß aber, obgleich früher von einer dazu eigens niedersetzenden Commission die Rede gewesen, anscheinend bis jetzt zu jener Verordnung nichts geschehen sei. Räder geht kurz auf die Beschwerde ein, in welcher er viel Begründetes findet, behält sich jedoch sein Urtheil vor bis sie materiell zur Verhandlung kommt. Gleich ihm v. Finckh.

Obgleich einerseits Niemand gegen den Antrag des Ausschusses gesprochen, und andererseits vom Regierungssitze nichts zur Rechtfertigung der bisher unterbliebenen Verordnung des Steuerwesens im Amte Varel gesagt, obgleich endlich der Finanzminister nicht einmal anwesend war, sich gegen den Antrag der Anklage zu vertheidigen, welches ein unumgängliches Erforderniß im wahren constitutionellen Staate scheint, und obgleich es an keines-

wegs widerlegten Vorwürfen über das Verfahren in dieser Angelegenheit nicht gefehlt, fand sich der Abg. Wibel II. gleichwohl veranlaßt, für den Finanzminister Genußguthung dadurch zu fordern, daß durch namentliche Abstimmung oder Stimmzählung ermittelt werde, wie viel oder wie wenig Anschlag der Antrag der Anklage finde. Wir erblicken hierin ein trauriges Zeugniß der Gesinnung deutscher Unterthänigkeit, wie geneigt deutsche Volksvertreter sind, sich vor den Ministern zu beugen, wie wenig sie noch von der Stellung und Würde des Landtags durchdrungen sind, und wie vielfach sie selbst dazu beitragen, jene Stellung zu einer abhängigen und unterwürfigen zu machen.

Niebour II. war abwesend, sicher im richtigen Gefühl, daß er als Verfasser der Beschwerdeschrift sich bereits präjudicirt. Nachdem der Vorsitzende des Revisionsauschusses (Schloifer) zur Prüfung des zweiten Antrages der Varel'ser die Wahl eines eigenen Ausschusses beantragt, wurde der erste Antrag (Tagesordnung) in namentlicher Abstimmung einstimmig angenommen (v. Berg enthielt sich der Abstimmung, weil er für die Verordnung mit verantwortlich sei; Cropp schloß sich den Motiven Räder's und v. Finckh's an) und die Wahl eines Ausschusses beschlossen, in den gewählt wurden: Bargmann, Lauw, Pantrags, Wedderkop, Wibel I.

Wegen mangelnden Stoffes beginnen die Osterferien; nächste Sitzung: April 15.

Oldenburg, 5. April. Von den Grafen Bentinck sind, wie der „N. Pr. Z.“ aus Frankfurt geschrieben wird, zwei neue Reclamationen bei der Bundesversammlung, und zwar gegen die oldenburgische Staatsregierung, eingebracht worden. Die eine betrifft die Aufrechterhaltung der gräflichen Rechte in der Herrschaft Varel, die in Gemäßheit der in das oldenburgische Staatsgrundgesetz aufgenommenen deutschen Grundrechte aufgehoben, oder durch eine Vereinbarung bloß mit dem jetzigen Besitzer modificirt werden sollen; die andere betrifft die Hineinziehung des, wie behauptet wird, von Oldenburg unabhängigen Knipphaufens in jenes Grundgesetz. Die Grafen Bentinck berufen sich dabei auf völkerrechtliche Verträge, denen sich Oldenburg nicht einseitig soll entziehen können, und auf den Art. 14 der Bundesacte.

Bremen. Henriette Sonntag (Gräfin Rossi), die gegenwärtig in Hamburg gastirt, wird auch hier in Bremen 6 Gastvorstellungen geben. Herr Director Ritter contrahirt mit der Künstlerin und zahlt derselben ein Honorar von 2500 Rthlr. für diesen Gastrollen-Cyclus.

2. April. Neue Verordnungen sind noch nicht wieder erschienen, was natürlich mehr